



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Universitätsbibliothek Paderborn**

### **Vom Reformmodell zur modernen Universität**

**Rimbach, Gerhard**

**Düsseldorf, 1992**

10. Versuch einer Bilanz

**urn:nbn:de:hbz:466:1-8287**

## 10. Versuch einer Bilanz

In der mehr als vierzigjährigen Nachkriegsgeschichte sind verschiedene bildungspolitische Bedarfsansätze nacheinander und parallel einflußreich gewesen: außer dem zuerst wirksamen Zusammenhang von Humankapitalinvestitionen und wirtschaftlicher Entwicklung, aus dem der wachstumsbedingte bzw. wachstumsnotwendige Strukturwandel hergeleitet und geplant wurde, wurde dann Mitte der sechziger Jahre die Forderung nach Bildung als Bürgerrecht, als Individualanspruch erhoben. In diesem Spannungsfeld standen die Gesamthochschulen konzeptionell seit ihrer Errichtung. Die sich daraus ergebenden Widersprüche, aber auch deren Synthese als Arbeitskräftebedarf und Qualifikationsbedarf sowie als individuelles Bildungsverhalten beeinflussten die Bildungspolitik.

Nach der Rekonstruktionsphase in der Nachkriegszeit erhob der seit 1953 bestehende "Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen" erstmalig die Forderung nach Chancengleichheit. Damit erfolgte die Überleitung in die zweite Phase, in der sich während der sechziger Jahre die Expansion des Bildungswesens ereignete und mit einem durch die internationale Entwicklung stimulierten Konsens zugunsten aktiver und -planung Einfluß gewann. Am Ende dieser Phase entstanden die Gesamthochschulen, bevor in der dritten Phase die finanzpolitischen Restriktionen einsetzten und später dominierten.<sup>1</sup> Während der Übergangsphase führten die steigende Nachfrage nach Studienplätzen sowie die Forderung nach einem leistungsfähigeren Ausbildungssystem und nach Verminderung sozialer, generativer und regionaler Chancenungleichheit zu Überlegungen, wie ein zeitgemäßes Hochschulsystem zu organisieren sei. Über ein durchlässiges System mit abgestuften Studiengängen konnte trotz unterschiedlicher Interessenlage weitgehend Konsens erzielt werden. Korrekturbedürftig erschien auch der im 19. Jahrhundert als Folge des Bedarfs von Staat und Wirtschaft entstandene Dualismus von Technischen Hochschulen und Universitäten. Diese hatten es abgelehnt, die Ingenieurwissenschaften als gleichwertig anzuerkennen. Nun sollten sie in das neue Studiensystem einbezogen werden.

In den klassischen Universitäten war zumindest innerhalb der philosophischen Fakultäten das "Weibliche" immerhin Thema, wenn auch männlicher Imagination oder Ideologie, während in den eher reflexionsarmen Technikdisziplinen die genusbezogenen Ergänzungsmodelle für den Lebensvollzug völlig ungefragt praktiziert werden konnten. "Man" brauchte sich der Mühe einer wenigstens logisch erscheinenden Begründung für Ausgrenzung von Frauen hier nicht zu unterziehen. Dementsprechend geringe Chancen hatte hier auch ein dem Üblichen entgegengesetztes Lebenskonzept: "Frau Technikerin" oder "Frau Technikprofessorin" ist bis heute Ausnahme, und bis heute ist das Reflexionsvermögen über soziale Kompetenz oder Zuweisung von männlich-weiblich polarisierten Genusidentitäten unter Lehrern und Studenten der Technik erschreckend gering.<sup>2</sup> Statt dessen wird, als hätten die Geistes- und Sozialwissenschaften einseitig Verantwortung für Techniker zu tragen, in der Regel gesellschaftliches Bewußtsein als Bringeschuld der Geistes- und Sozialwissenschaften thematisiert. Diese allgemein übliche Ent-

<sup>1</sup> Buttler, Friedrich: Bildung/Ausbildung, in: Blüm, Norbert, Zacher, Hans F. (Hrsg.): 40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1989, S. 529 ff.

<sup>2</sup> Nave-Herz, Rosemarie: Folgen der Geschlechtsrollendifferenzierung als Polarisation, in: dies., Dilemma der Frau in unserer Gesellschaft: Der Anachronismus in den Rollenerwartungen, Berlin 1972, S. 26 ff.

lastung der Technikdisziplinen aus der Verantwortung für Ideologiebildung ist nicht nur im Hinblick auf die Genusideologie fragwürdig. Im Zusammenhang mit Rüstungstechnologie und Umweltschäden müßten die Fragen längst anders gestellt worden sein. Die im 18. Jahrhundert feststellbare Entstehung und Zentralisierung außerhäuslicher Produktionsstätten, welche so nur durch technische Entwicklungen möglich geworden war, und die Gleichzeitigkeit der Entstehung der Ideologie der Geschlechterpolarisierung als zwei voneinander zu trennende Genuswelten<sup>3</sup> geben Anlaß zu der Annahme, daß Technik in zunehmendem Maße ideologiebildend wirkt, während die Geisteswissenschaften diesen Ideologien folgen, indem sie ausdifferenzieren und verschriftlichen.

Über eine zeitgemäße Organisationsform des Hochschulsystems konnte im Laufe der siebziger Jahre unseres Jahrhunderts kein Konsens mehr erzielt werden. Andere gesellschaftspolitische Prioritäten und kontroverse Standpunkte zu inhaltlichen und institutionellen Innovationen lösten den vorübergehenden Konsens ab. Dadurch wurden die finanzpolitischen Gesichtspunkte noch durchsetzungsfähiger. Für die Hochschulen wurde die Effizienz bei stagnierendem Haushalt zum Leitthema erhoben. Die demographische Entwicklung der Ablösung geburtenstarker durch geburtenschwache Jahrgänge diente frühzeitig dazu, die "Untertunnelung des Studentenberges" zu rechtfertigen und den gleichzeitig steigenden Jahrgangsanteil Studierwilliger weitgehend zu ignorieren.<sup>4</sup> Die sich daraus ergebende "Diskrepanz von Sparpolitik und Überlast" (WRK 1988) bestimmte die 80er Jahre, punktuell kaschiert durch Überlastprogramme und die Forderung nach Studienzeitverkürzung als Auswege aus der kritischen Situation.

Im Jahre 1970 empfahl der Wissenschaftsrat die integrierte Gesamthochschule als die zukünftige Hochschulform, aber schon bei der Beratung des Hochschulrahmengesetzes zeigten sich Meinungsverschiedenheiten, ob eine integrierte oder eine kooperative Gesamthochschule oder eine lose Zusammenarbeit selbständiger Hochschulen am geeignetsten für die Durchsetzung der Studienreform sei. Die Befürworter erwarteten, daß sich die Gesamthochschule als reformiertes Hochschulsystem effizient und flexibel auf den Bedarf von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einstellen würde. Die organisatorische Veränderung wurde in Wechselbeziehung mit der inhaltlichen und strukturellen Studienreform gesehen, die am Bedarf der Abnehmer und zugleich am Recht auf Ausbildung orientiert sein sollte. Der Wille, sich durch Qualifizierung im Bildungssystem bessere Lebenschancen zu eröffnen, hatte in der Nachkriegszeit, unabhängig von politischen Steuerungsversuchen, immer breitere Schichten erfaßt. Diesem bis heute ungebrochenen Trend mußte durch neue Kapazitäten im tertiären Bereich nachgekommen werden. Deshalb war der Ausbau vorhandener und die Errichtung neuer Hochschulen unverzichtbar. Aufgrund der Ausweitung des tertiären Bildungsbereichs stellte sich das Problem seiner Effizienz dringender. Das angestrebte abgestufte, leistungsgerechte, durchlässige Studiensystem, vorwiegend mit der Ausrichtung auf ökonomische, natur- und ingenieurwissenschaftliche Berufe, zielte auf eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung und kürzere Studienzeiten. Durch ein Kurzstudium, für die Mehrheit verbunden mit geringeren Anfangsgehältern und früherem Berufseintrittsalter, sollte für eine Minderheit der privilegierte Status des Akademikers bewahrt werden.

<sup>3</sup> Bovenschen, Sylvia: Die imaginierte Weiblichkeit, Frankfurt, 1979, S. 60 f.

<sup>4</sup> Buttler, ebd., S. 538 f.

Dieses Konzept scheiterte sowohl hinsichtlich der allgemeinen Einführung von Gesamthochschulen als auch von inhaltlich und strukturell reformierten Studiengängen. Weil inzwischen genügend Hochschulabsolventen vorhanden waren, die Reformbereitschaft mehrheitlich in eine restaurative Tendenz umschlug, und weil sich besonders die Universitäten von Anfang an gegen eine Integration sträubten, blieb es bundesweit bei der mit Errichtung der Fachhochschulen im Jahre 1971 entstandenen dualen Hochschulstruktur von wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen, wobei diese durch die beiden Zielvorgaben, d.h. durch kürzere Studienzeiten und eine eingeschränkte Forschung, geringere Kosten verursachten. Ihr im Vergleich mit Universitäten minderrangiger akademischer Status (kein Promotionsrecht), ihre schlechtere personelle und materielle Ausstattung sowie der abweichende Status ihrer Professoren (Forschungsmöglichkeit, Stundendeputat, Besoldung) dienten diesem Ziel. Dieser Sachverhalt wurde mit der Behauptung, ihr eigenständiger Bildungsauftrag sei "gleichwertig, aber andersartig", verschleiert.<sup>5</sup>

Nachdem bundesweit weder Gesamthochschulen noch eine durchgreifende Studienreform durchzusetzen waren und die Universitäten sich weigerten, Kurzstudiengänge einzuführen, wird nunmehr behauptet, es bestünde "ein dringender hochschulpolitischer Handlungsbedarf, vorhandene Kapazitäten ... in größerem Umfang in den Fachhochschulbereich umzulenken".<sup>6</sup> Die Versuche in dieser Hinsicht hatten bis jetzt nur geringen Erfolg. Von dem empfohlenen Ziel, die Relation zwischen den Studienplätzen an Fachhochschulen zu denjenigen an Universitäten auf 1:2 zu bringen, ist man noch weit entfernt, denn tatsächlich beträgt sie etwa 1:4.<sup>7</sup> Bei der derzeitigen unterschiedlichen Attraktivität der verschiedenen Hochschulabschlüsse dürfte es kaum gelingen, das gesteckte Ziel in Übereinstimmung mit den Studienwünschen zu bringen.<sup>8</sup>

Bedenklich ist, daß bei der Wiedervereinigung das Hochschulsystem der Bundesrepublik ohne weiteres auf die neuen Länder übertragen werden soll. Vorher bestand weitgehend Konsens darüber, daß die für notwendig erachtete Studienreform in der alten Bundesrepublik gescheitert war. Nunmehr wird ihr bestehendes duales System unkritisch übertragen, wobei lediglich der Versuch unternommen wird, den Fachhochschulen ein größeres Gewicht einzuräumen, d.h. was in den alten Bundesländern noch nicht gelang, soll nunmehr in den neuen exemplarisch durchgesetzt werden. Der Wissenschaftsrat als empfehlendes Gremium war nicht bereit, die von ihm vor 20 Jahren als Modelle der Zukunft verkündeten Gesamthochschulen

<sup>5</sup> Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Errichtung von Fachhochschulen in den neuen Ländern, Drs. 326/91, Düsseldorf, den 5.7.1991, S. 32. Diese Formulierung enthält schon der Text der "Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren", Köln 1991. Ein weiterer Versuch der Charakterisierung des dualen Hochschulsystems ("im Unterschied zur universitären Ausbildung ist das Fachhochschulstudium mehr fachübergreifend und problemlösungsorientiert und weniger disziplinar und analytisch angelegt" [Drs. 326/91, S. 26]) überzeugt ebenfalls nicht. In den vergleichbaren Studiengängen (Ingenieur- u. Wirtschaftswissenschaften) werden an wissenschaftlichen Hochschulen vertiefte akademische Grundlagen vermittelt, an denen in der Regel mehrere Disziplinen beteiligt sind. Die meisten Fachhochschulgänge sind spezialisierter als die vergleichbaren Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen. Infolge kürzerer Studienzeiten sind fachliche Vertiefungen nur in geringerem Umfang möglich. Die unterschiedliche Gründlichkeit und der jeweils spezifische Umfang wissenschaftlicher Anforderungen in den vergleichbaren Studiengängen blieben bei diesen Aufwertungsversuchen unberücksichtigt.

<sup>6</sup> Ebd., S. 9.

<sup>7</sup> Ebd., S. 29 f.

<sup>8</sup> Gemäß HIS: Hochschulplanung '89, Studienanfänger im Wintersemester 1990/91, Hannover 1991, Zusammenfassung IX, stieg gegenüber 1989 die Zahl der Neuzugänge im Studienjahr 1990 um 14% an Universitäten und um 2% an Fachhochschulen.

auch nur in sich bietenden Einzelfällen zu empfehlen. Die Chance, die Wiedervereinigung für einen Neubeginn im tertiären Bildungsbereich zu nutzen, wurde mit der Formulierung des Einigungsvertrages, durch "Einpassung von Wissenschaft und Forschung" der neuen Bundesländer die "gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland" zu gewährleisten, vertan. Hochschulstruktur und Studienreform werden im Einigungsvertrag noch nicht einmal erwähnt.<sup>9</sup>

Ob sich die derzeitige duale Hochschulstruktur mit Universitäten und Fachhochschulen auf Dauer behaupten kann, bleibt abzuwarten. Die Einführung der Graduiertenkollegs als neuer Stufe einer Elitebildung mit der damit verbundenen Intention, dadurch die Studienzeiten zu reduzieren<sup>10</sup> sowie die anhaltende Forderung danach, könnten ein Grund sein, das derzeitige Hochschulsystem in Frage zu stellen. Weitere Gründe wären die entgegen den Prognosen gewachsene Studierendenzahl, die nicht den Vorstellungen entsprechende Verteilung der Studierenden auf Kurz- und Langzeitstudiengänge und die kritisierte Praxisferne vieler Studiengänge. Vor allem wurde die früher allgemein befürwortete Durchlässigkeit nicht erreicht, weil die vom Gesetzgeber noch immer geforderte Studienreform bis heute scheiterte.

Ein immer größerer Anteil eines Jahrgangs entschließt sich zum Studium. Die soziale Komponente der Bildungsexpansion ist lange Zeit unterschätzt worden. Diese international feststellbare Entwicklung war in den 70er Jahren ein Anlaß, eine grundlegende Reform des Hochschulsystems zu fordern. Man könne nicht 20% eines Jahrgangs in gleicher Weise studieren lassen wie früher 3-5%. Wenn in Kürze 40% eines Jahrgangs studieren werden und die Zahl der Studierenden inzwischen diejenige der Lehrlinge übertroffen hat, ist es naheliegend, die derzeitige Hochschulstruktur auf ihre Tauglichkeit für eine sich rasch wandelnde Gesellschaft zu überprüfen. Dabei könnten auch die zu Beginn der 70er Jahre diskutierten Modelle erneut an Aktualität gewinnen, denn die Behauptung, die Gesamthochschulen hätten sich nicht bewährt, ist bis heute empirisch nicht belegt worden.<sup>11</sup>

Informationen über deren Leistungsfähigkeit könnten durch Analyse der in Nordrhein-Westfalen seit zwanzig Jahren bestehenden Gesamthochschulen gewonnen werden. Durch ihre Errichtung wollte die Landesregierung ein flächendeckendes Hochschulsystem schaffen. Sie gab den integrierten Gesamthochschulen drei Ziele vor:

- Das Angebot an Studienplätzen sollte erweitert werden, um die alten Hochschulen zu entlasten und den geburtenstarken Jahrgängen gute Studienchancen zu eröffnen (gesellschaftspolitischer Aspekt).
- Durch ein flächendeckendes Netz von Hochschulen sollten aufgrund der Nähe zum Wohnort die Studienmotivation gesteigert, kulturelle Impulse sowie Innovationen durch Forschungs- und Entwicklungstransfer in den Regionen ausgelöst werden (strukturpolitischer Aspekt).

<sup>9</sup> Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, Art. 38 (1) sowie Art. 37. Zitiert nach dem im Goldmann Verlag erschienenen Text: Der Einigungsvertrag, Darmstadt 3/1991.

<sup>10</sup> Es spricht nichts dafür, daß Graduiertenkollegs tatsächlich einen Einfluß auf die Studienzeitlänge im Erststudium haben werden.

<sup>11</sup> Zu diesem Urteil kommt man nur dann, wenn der anspruchsvolle, überladene Zielkatalog der Gesamthochschulen auf die Effizienzkriterien kürzere Studienzeiten und das Überwiegen von Kurzzeitabsolventen eingegrenzt wird.

- Durch abgestufte und aufeinander bezogene Studiengänge sollte eine Reform und Neuordnung des Studiensystems, u.a. mit dem Ziel von Studienzeiterkürzung und größerer Praxisorientierung, erreicht werden, wobei als organisatorische Voraussetzung die vorhandenen Hochschuleinrichtungen zusammenzufassen wären (hochschulpolitischer Aspekt).

Die noch zu entwickelnden integrierten wissenschaftlichen Studiengänge wurden für Fachoberschulabsolventen geöffnet. Bildungsökonomische Kriterien waren für die Fächerstruktur (Bedarfsansatz), die geplante Dominanz von Kurzstudiengängen, die auf optimale Effizienz durch reglementierte Studiengänge und knappe Ressourcen ausgerichteten Vorgaben und für das überdurchschnittliche Lehrdeputat der Fachhochschullehrer maßgebend. Ohne Vorlaufphase begannen die Gesamthochschulen, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Die unverzügliche Umsetzung staatlich vorgegebener Rahmendaten durch das Hochschulpersonal sollte den schnellen hochschulpolitischen Erfolg bewirken. Die staatliche Vorgabe des Studienmodells, tradierter Fächer und Studienrichtungen sowie die an wissenschaftlicher Anerkennung interessierte Mehrheit in den Hochschulen führten zu einem inhaltlich und strukturell am universitären Vorbild orientierten Langzeitstudium als fixiertem Teil integrierter Studiengänge. Der verbleibende Gestaltungsspielraum für das Kurzstudium minderte dementsprechend dessen eigenständige Profilierung.

Wenn alle fünf Gesamthochschulen zu leistungsfähigen wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt werden konnten, dann ist das, neben dem Engagement der Beteiligten, ein Verdienst ministeriellen Handelns. In fast allen übrigen Bundesländern, wo mit großem Aufwand Gesamthochschulen geplant wurden,<sup>12</sup> scheiterte das Vorhaben in der Vorlaufphase. Die Skepsis über die Entscheidungsfähigkeit von autonomen Gremien bei derartigen Reformvorhaben führte in Nordrhein-Westfalen in der Gründungsphase zu straffer Leitung durch den Minister für Wissenschaft und Forschung. Die ihm vom Gesetzgeber zugewiesenen Vollmachten setzte er durch dezidierte Weisungen, ergänzt um zahlreiche Gespräche, in der Gründungsphase ein und verhinderte dadurch Untätigkeit infolge ausufernder Diskussionen und Kontroversen.

Die Umsetzung pragmatischer Handlungskonzepte wurde unmittelbar von denjenigen vollzogen, die in den Gründungsrektoraten und -senaten im Rahmen ministerieller Vorgaben Entscheidungen zu fällen hatten. Das konfliktträchtige Nebeneinander von professionellen Plänen und Hochschulpraktikern wurde dadurch vermieden. Wenn die eingeschränkte Autonomie in der Gründungsphase auch grundsätzlich bedauert wurde, so war doch offensichtlich, daß das in Nordrhein-Westfalen angewendete Verfahren erfolgreich und effektiv war. Das persönliche Erfolgsinteresse der Beteiligten motivierte dabei ebenso wie der "enorme Bewährungs- und Erfolgsdruck" (Neidhardt), unter dem sich die Gesamthochschulen durchsetzen mußten.

Bundesweit sollten 850.000 Studienplätze entstehen, ein Ziel, das bis heute nicht erreicht worden ist. Angesichts von etwa 1,6 Mio. Studierenden (alte Bundesländer) bestand 1991 eine Auslastung von etwa 200%. Die fünf Gesamthochschulen des Landes NRW sollten, nachdem

---

<sup>12</sup> Einzige Ausnahme ist die Gesamthochschule Kassel.

einige Reduzierungen vorgenommen worden waren, noch 40.900 Studienplätze<sup>13</sup> erhalten. Gebaut wurden tatsächlich 36.853,<sup>14</sup> d.h. es ist noch immer ein Defizit von etwa 10% vorhanden, das allerdings an den einzelnen Standorten von -2% (Essen) bis zu -22% (Siegen) differiert. Die Zahl der im WS 1991/92 eingeschriebenen Studierenden betrug 81.209. Die Auslastungsquote an den fünf Gesamthochschulen belief sich demnach zu diesem Zeitpunkt inzwischen auf 220%<sup>15</sup>, u.z. mit einer Spanne von 186% (Essen) bis 247% (Paderborn). Die Gesamthochschulen lagen demnach in den Auslastungsquoten über dem Bundesdurchschnitt. Damit haben sie nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß Nordrhein-Westfalen von einem "Studierendenexportland" in ein Studierendenimportland" verwandelt wurde.

Inwieweit die Gesamthochschulen mehr junge Menschen zum Studium motiviert und andere von den übrigen Universitäten abgezogen haben, ist bis heute nicht untersucht worden. Da inzwischen die Fachoberschulabsolventen eine Minderheit an den Gesamthochschulen sind, darf auf eine gewisse Entlastung der alten Universitäten durch den gestiegenen Abiturientenanteil geschlossen werden, zumal deren prozentuales Wachstum im letzten Jahrzehnt hinter dem der Gesamthochschulen beachtlich zurückblieb. Durch die in den letzten Jahren laufend gestiegene Überlast an den Hochschulen und die Verschlechterung des Betreuungsverhältnisses - der Raum- und Personalbestand wurde der gestiegenen Studierendenzahl nicht angepaßt - haben sich die Studienbedingungen landesweit wesentlich verschlechtert.

Das Konzept der Regionalisierung durch ein flächendeckendes Hochschulnetz unter Berücksichtigung vorher unterversorgter Landesteile hat sich inzwischen voll bewährt. Der an den Gesamthochschulen vorhandene Anteil heimischer Studierender (60 % - 80%) erfüllte ebenso wie die Quote der inzwischen im geographischen Umfeld in den Arbeitsprozeß eingegliederten Absolventen (ca. 30%)<sup>16</sup> die Erwartungen. Die geringe Arbeitslosenquote und die Zufriedenheit der Beschäftigten sind Hinweise, daß bedarfsgerecht hochqualifizierte Arbeitskräfte ausgebildet wurden. Durch die Absolventen, wissenschaftlichen Projekte, Weiterbildungsangebote und Technologietransfers erfolgen erhebliche regionale Innovationsimpulse. Infolge kultureller Aktivitäten und internationaler Kontakte steigerten die Gesamthochschulen die Attraktivität ihrer Region. Aufgrund der Kaufkraft der Bediensteten und Studierenden sowie durch Auftragsvergaben der Hochschulen entstanden ökonomisch positive Wirkungen, d.h. es erfolgten Nettotransfers zugunsten der Hochschulregionen. Neue Studienplätze und ein flächendeckendes Netz von Hochschulen hätten zwar auch durch andere Hochschularten erreicht werden können, aber die Gesamthochschulen setzten spezifische Akzente: Als wettbewerbsfähige wissenschaftliche Hochschulen sorgten sie für eine Öffnung wissenschaftlicher Studiengänge für Fachoberschulabsolventen, ein modernes Fächerspektrum, für ein ausgewogeneres

<sup>13</sup> 19. Rahmenplan für den Hochschulbau 1990-1993, S. 61.

<sup>14</sup> 20. Rahmenplan für den Hochschulbau 1991-1994, Textteil und Anhang 1990, S. 67.

<sup>15</sup> Mit dieser Quote ist die Behauptung, das gute Abschneiden der Gesamthochschulen bei der Spiegel-Untersuchung sei mit den besseren Studienbedingungen zu erklären, zumindest was die Raumeinrichtung angeht, widerlegt. Auch Vergleiche von Betreuungsverhältnissen führen zu dem gleichen Ergebnis. Gemäß Grund- und Strukturdaten 1991/92 des BMBW (S. 218 f.) kamen an den Universitäten 16 Studenten auf eine Stelle wiss. Personal und 18 an den Hochschulen insgesamt, dagegen an den fünf Gesamthochschulen 22,2.

<sup>16</sup> An den Universitäten-Gesamthochschulen Paderborn, Siegen und Wuppertal kamen Untersuchungen übereinstimmend zu diesem Ergebnis.

Verhältnis von Forschung und Lehre, von Theorie und Praxis und für die Hinwendung zur Region.

Das Ergebnis der Bemühungen um eine Studienreform, die als Kern der Hochschulreform bezeichnet wurde, ist vielschichtig. Zweifellos ist das Ziel, funktionsfähige, abgestufte und aufeinander bezogene Studiengänge anzubieten, erreicht worden, allerdings nur im Kernbereich: in den integrierten Studiengängen. Aber handelt es sich selbst hier um mehr als um eine organisatorische Erfüllung der Reform? Wie steht es mit der inhaltlich-didaktischen Komponente: der klaren Definition der Studienziele, den darauf bezogenen Studieninhalten? Wie weit sind wirksamere Vermittlungsformen eingeführt worden? Findet eine am berufspraktischen Handeln orientierte fachwissenschaftliche Qualifizierung statt? Inwieweit wird auf breit angelegten Tätigkeitsfeldern ausgebildet? Ist ein neues Verhältnis von Theorie und Praxis erreicht worden? Wird eine umfassende kritische Analyse beruflicher Wirklichkeit durchgeführt?

Wird das nach zwanzig Jahren Erreichte mit den Zielen der Studienreform verglichen, für die den Gesamthochschulen eine Pilotfunktion zgedacht war, so sind Chancenverbesserungen durch den prozentual höheren Anteil von Arbeiterkindern sowie durch die Zulassung von Fachoberschulabsolventen ohne Umwege in einen wissenschaftlichen Studiengang und durch ihre inzwischen im Vergleich mit Abiturienten erwiesene gleiche Studierfähigkeit, durch die gleichen Erfolgsquoten, die gleichen Studienzeiten und die gleichen Notendurchschnitte vielfach bewiesen. Eine weitere Öffnung der Gesamthochschule, wie sie das WissHG (§ 66) durch Einstufungsprüfungen vorsieht (und die aufgrund der Erfahrungen empfehlenswert wäre), beschränkt sich heute auf Einzelfälle. Dagegen ist das Ziel regionaler Chancengleichheit durch das flächendeckende Hochschulnetz weitgehend erreicht worden.

Dem generativen Aspekt der Chancengleichheit haben sich die Gesamthochschulen nur zögerlich, d.h. Mängel subtil verschleiern, genähert, wie andere Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs auch. Eine Chancenverbesserung für Frauen war nur eine marginale Zielsetzung und ist, verglichen mit anderen Universitäten, nicht eingetreten. Präsenz von Frauen im Lehrkörper der Gesamthochschulen heißt heute (wie auch in den klassischen Universitäten), sich im Gegensatz zur alltäglichen Präsenz des Weiblichen zu befinden, heißt, eine Minderheit zu sein, obwohl innerhalb der Gesellschaft Frauen die Hälfte der Bevölkerung darstellen. Der Besonderheit von Frauen im Lehrkörper der Universitäten<sup>17</sup> steht heute die Normalität anderer mehrheitlich weiblich besetzter Berufe und Lebenssituationen gegenüber. Das fügt der gegensätzlichen Polarisierung von Frauen und Männern eine zweite Ebene der Polarisierung hinzu: sich nicht in der Mitte des eigenen Genus zu befinden, heißt in doppeltem Sinne, eine künstliche Minorität zu sein. Aber auch die Befindlichkeit von Studentinnen im Spiegel ihrer Interviews<sup>18</sup> läßt diese Fremdheit innerhalb einer männlich ausgeformten Institution immer noch erschreckend oft sichtbar werden. Und dies auch in Fachbereichen, in welchen sie einen erheblichen Prozentsatz der Studierenden stellen. Es hat den Anschein, daß sich innerhalb der mehrheitlich männlich besetzten Institution Universität Frauen nur als geduldet erleben.

<sup>17</sup> Schultz, Dagmar: Das Geschlecht läuft immer mit ... Die Arbeitswelt von Professorinnen und Professoren, Pöf-fenweiler 1990.

<sup>18</sup> Bock, Ulla/Braszeit, Anne/Schmerl, Christiane: Frauen an den Universitäten, Frankfurt a.M. 1986, S. 49 ff.



Im Laufe der 80er Jahre, sahen sich die Gesamthochschulen immer mehr der hochschulpolitisch aufkommenden Forderungen nach gesteigerter Effizienz ausgesetzt. Aufgrund des inzwischen ausreichenden Arbeitskräftenachwuchses ließ das Interesse an einer Studienreform nach. Statt dessen wurde eine Studienzeiterkürzung zum beherrschenden Dauerthema, wobei räumliche und personelle Überlasten und die Verminderung der pro Studierenden verfügbaren Mittel als Gründe vorgegeben wurden. Als Stimulanz für eine Leistungssteigerung bei der Forschung wurde die Einwerbung von Drittmitteln eingeplant, da ohne sie die Forschung und teilweise auch die Lehre (experimentierende Fächer) nicht im bisherigen Umfang hätten aufrechterhalten werden können.

Die Entdeckung der "Forschungslücke" nach Abklingen der "Bildungskatastrophe", die nunmehr dadurch gefährdete internationale Konkurrenzfähigkeit und die landesspezifisch wegen der überalterten Wirtschaftsstruktur fällige zudem ökologisch-ökonomischen Erneuerung begründeten eine hochschulpolitische Umsteuerung zugunsten von High-Tech-Forschung und Forschungstransfers. Das aufgrund dieser Schwerpunktverlagerung veränderte Profil der Gesamthochschulen ist - auch soweit es neue Studienangebote betrifft - davon geprägt. Falls dabei interdisziplinär gearbeitet wird, beschränkt dieses sich in der Regel auf affine Fächer. Besonders in den Natur- und Ingenieurwissenschaften haben sich die Fächer in eine Reihe von Fachgebieten ausdifferenziert, die meistens nebeneinander arbeiten. Insofern wäre es zutreffender, von einer "Multiversität" statt von einer "Universität" zu sprechen. Selbst dort, wo interdisziplinäre Schwerpunkte bestehen, handelt es sich meistens um eine lose Zusammenfassung oder ein Nebeneinander von Einzelprojekten und nicht um ein abgestimmtes Programm. Themen wie die Analyse der Wechselwirkung von technologischem "Fortschritt" und gesellschaftlicher Entwicklung werden nur selten - wenn überhaupt - bearbeitet.

Für die im Laufe der 80er Jahre erreichte volle Anerkennung als wissenschaftliche Hochschule - mit wenigen Unterscheidungsmerkmalen gegenüber Universitäten - sind drei Kriterien wesentlich, u.z. die

- Reputation aufgrund anerkannter Forschungsleistungen,
- die infolge eines attraktiven Studienangebots überdurchschnittlich gewachsene Studierendenzahl mit steigendem Abiturientenanteil,
- die aufgrund weitgehend problemloser Aufnahme ihrer Absolventen auf dem Arbeitsmarkt bewiesene Ausbildungsqualität.

Die Akzentuierung der Gesamthochschulen durch erweiterte Öffnung für Fachoberschulabsolventen ist inzwischen nicht mehr umstritten. Ihre überdurchschnittliche Flexibilität bei Technologietransfers und der Aufnahme neuer Problemgebiete (neue Technologien, Umweltforschung) sowie bei der Einrichtung neuer Studiengänge gehört ebenso zu ihren Aktiva wie die gelungene, stimulierende Wirkung auf ihre jeweilige Region. Aber gemessen an dem Zielkatalog, der zu ihrer Gründung führte, sind dies Teilerfolge, die durch Anpassung an das bestehende Hochschulsystem erreicht wurden. An die Stelle ihrer Pilotfunktion für ein neues Hochschulsystem und eine durchgreifende Studienreform wurden die Gesamthochschulen zu modernen Universitäten mit einem Profil, das wiederum für jede der Gesamthochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen gemeinsame, aber auch unverwechselbar spezifische Züge aufweist (vgl. Kap. 9).

Das allen fünf Gesamthochschulen gemeinsame Profil läßt sich durch folgende Eigenschaften charakterisieren:

- den wachsenden, für Fachoberschulabsolventen offenen Bereich abgestufter integrierter Studiengänge in wirtschafts-, ingenieur- und naturwissenschaftlichen sowie teilweise in künstlerischen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern,
- die meistens von der Primar- bis zu beruflichen Fachrichtungen der Sekundarstufe II reichenden integrierten Stufenlehrerstudiengänge,
- die Ergänzungs- und Aufbaustudiengänge,
- mehrere Fachhochschulstudiengänge,
- einige ingenieurwissenschaftliche und künstlerische Fächer,
- die nach Qualifikation und Funktion verschiedenen Professorengruppen,
- die intensive wissenschaftliche und kulturelle Kooperation mit ihrer Region,
- die Effizienzsteigerung der Forschungs- und Ausbildungsleistung,
- die relativ flexible Reaktionsfähigkeit auf Praxisanforderungen in Forschung und Lehre.

Das spezifische Profil der einzelnen Gesamthochschule als Basis für den sich abzeichnenden europäischen Wettbewerb läßt sich folgendermaßen umreißen:

- In *Duisburg* wird durch intensive Regionalforschung der technologische Strukturwandel unterstützt, u.a. durch die meisten der zehn thematisch differenzierten "An-Institute", die aber auch die deutsch-jüdische Geschichte und die wirtschaftlich-technische Entwicklung Japans erforschen, das Thema Entwicklung und Frieden bearbeiten und Schulbuchforschung betreiben. Drei Sonderforschungsbereiche auf natur- und ingenieurwissenschaftlichen Gebieten (u.a. Aerosolforschung), Forschungen über Mikroelektronik, Mathematisierungsprozesse, europäische Aufklärung in Literatur und Sprache, Verhaltensmedizin, Umwelttechnologie und -analytik, Automation und Robotik belegen ebenso die Qualität der Forschung wie intensive internationale Wissenschaftskontakte. Integrierte Studiengänge der Schiffstechnik und Sozialwissenschaften, der Techno- und Wirtschaftsmathematik, Zusatzstudiengänge der Ostasienwissenschaft und für Fremdsprachen sowie mehrere spezielle FH-Studiengänge und die "Universität des Dritten Lebensalters" ergänzen das gesamthochschulübliche Studienangebot.

Studierendenzahl im WS 1991/92: 14.712; Betreuungsverhältnis: 23,6

Räumlicher Auslastungsgrad: 227 %; Drittmittel pro Wissenschaftler: 52.400 DM

- In *Essen* sind Schwerpunkte in der Medizin: die Leukämie- und Tumorforschung (Sonderforschungsbereich) sowie die Krebstherapie. Ein ingenieurwissenschaftlicher (Kohleumwandlung) und ein physikalisch-mathematischer Sonderforschungsbereich, Mitarbeit an mehreren DFG-Forschungsschwerpunkten; Umwelterziehung und -forschung: Ökologie, Umweltanalytik, -technik, -verfahrenstechnik und -bewertungssystem, Zusatzstudiengang Ökologie. Lasertechnik und Optik, experimentelle Mathematik, Energie- und Verfahrenstechnik, Kommunikations- und Informationswissenschaften; Regionalforschung: Altlastenbeseitigung, Migrationsforschung, Ausländerpädagogik (Zusatzstudiengang) und Zweisprachendidaktik, stadtteilbezogene Sozialarbeit und -beratung, Innovationsförderung und Technologie-Transfer. Zwei Graduiertenkollegs, Weiterbildung seit 1977, Hochschuldidaktik (Evaluierung der Studienreform), obligatorische Praxissemester in mehreren Studiengängen, Studiengänge

für Medizin, Industrial-Design und Kommunikationsdesign, Landespflege, Vermessungswesen, Wirtschaftsinformatik, Literaturvermittlung und Medienpraxis als Besonderheiten.

Studierendenzahl im WS 1991/92: 20,490; Betreuungsverhältnis: 24,0

Räumlicher Auslastungsgrad: 186 %; Drittmittel pro Wissenschaftler: 25.300 DM (beides ohne Medizin)

- In *Paderborn* entstanden zahlreiche Forschungsprojekte im Schnittstellenbereich von Informatik und Ingenieurwissenschaften: Computer Aided Design, Interdisziplinäres Forschungszentrum für Informatik und Technik (einschl. Graduiertenkolleg), NRW-Zentrum für Paralleles Rechnen, Zentrum für Kulturwissenschaften, Edition Corvey, Lukács-Institut, Umweltanalytik, Biotechnologie, Festkörperspektroskopie, Hochdruckphysik, Fertigungstechnologie Kleben, Robotik, Instrumentelle Mathematik, Institut für Automatisierungstechnik. Durch das Regionalprinzip mit vier Standorten wurde der Informations- und Technologietransfer im Regionalverbund Ostwestfalen ein modernes durchlässiges Studienangebot (u.a. Umweltschutz, Landespflege, Datentechnik, Automatisierungstechnik, Produktionsautomatisierung) mit Ergänzungsstudiengängen aufgebaut. Erfolge in der Studienzzeitverkürzung, Hochschulpartnerschaften mit Schwerpunkt Studierendenaustausch, verschiedene Studienkombinationen zwischen Informatik, Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften.  
Studierendenzahl im WS 1991/92: 16.756; Betreuungsverhältnis: 24,4  
Räumlicher Auslastungsgrad: 247 %; Drittmittel pro Wissenschaftler: 34.500 DM
- In *Siegen* existiert ein DFG-Sonderforschungsbereich der Fernsehforschung und ein DFG-Forschungsschwerpunkt "Monetäre Makroökonomie". Weitere Forschungsgebiete sind empirische Literatur- und Medienforschung, Sprache im Beruf, Elementarteilchenphysik, Detektorenentwicklung, Sensorsysteme, Oberflächentechnik, computerorientierte Meß- und Steuerungsverfahren, Europäische Regionalforschung, angewandte Strukturoptimierung, poröse Stoffe, Qualitätssicherung. Zweimal Spitzenplatz bei Studierendenbefragungen über Studienbedingungen und -qualität. Ein geisteswissenschaftliches und ein chemisches Graduiertenkolleg. Innovationen bei Studiengängen: Ingenieur für internationale Projektierung, technische Informatik, außerschulisches Erziehungs- und Sozialwesen (Konsekutivmodell), Medien-Planung, Entwicklung- und Beratung. Preisgekröntes interaktives Simulationsprogramm (Physik). Fast überall unterdurchschnittliche Fachstudiendauern.  
Studierendenzahl im WS 1991/92: 12.371; Betreuungsverhältnis: 20,8  
Räumlicher Auslastungsgrad: 231 %; Drittmittel pro Wissenschaftler: 42.000 DM
- In *Wuppertal* existieren der DFG-Sonderforschungsbereich "Theorie des Lexikons" sowie Forschungsschwerpunkte: Hadronenstruktur und Hochfrequenzsupraleitungen. Sicherheitstechnik, Weltraumforschung (Koordination eines weltweiten Netzes von Atmosphärennetzstationen), Analyse und Umwandlung natürlicher und anthropogener Spurenstoffe in der Biosphäre, Robotik, mehrere Editionen u.a. der Werke Bölls und Kafkas, soziale Gerontologie und Altersmedizin, Literaturen außerhalb des Ursprungslandes ihrer Sprache, europäische Wirtschaftsforschung, Jugendkonflikte, Umwelt-

gestaltung, Umweltanalyse, Brandschutztechnologie, Begrenzung der Auswirkung größerer industrieller Risiken, Materialwissenschaften, Korczak- und Holocaust-Forschung. Intensive Kooperation mit den Städten des Bergischen Landes durch Technologietransfer und Regionalkonferenzen, Konzerte, Kolloquien und Zweigstellen, gemeinsam mit der Stadt Wuppertal mehrere internationale Städte- und Hochschulpartnerschaften. Studiengänge Sozialwissenschaften, Psychologie, Kommunikationsdesign, Industrial-Design, Sicherheitstechnik, Druckereitechnik, Lebensmittelchemie, Innenarchitektur. Seniorenstudium mit Zertifikat.

Studierendenzahl im WS 1991/92: 16.700; Betreuungsverhältnis: 25,6

Räumlicher Auslastungsgrad: 231 %; Drittmittel pro Wissenschaftler: 35.100 DM

Die von den Gesamthochschulen eingeworbenen Drittmittel betragen im Jahr 1990: 121 Mio. DM und machen - stetig steigend - nunmehr 19,1 % der Drittmittel des Landes aus.<sup>19</sup> Im Jahre 1980 waren es erst 22,8 Mio. DM, was einen Anteil von 7,1 % entsprach.<sup>20</sup> Werden die an den einzelnen Hochschularten des Landes eingetretenen prozentualen Veränderungen der Studierendenzahl des WS 1991/92 mit dem WS 1980/81 (1) und WS 1985/86 (2) verglichen,<sup>21</sup> so ergeben sich folgende Steigerungsraten:

	(1)	(2)
Universitäten, TH, Sporthochschulen	+ 29,7	+ 8,6
Fünf Gesamthochschulen	+ 82,8	+ 36,3
Fachhochschulen einschl. staatl. anerkannter u. Verwaltungs-FH	+ 78,2	+ 28,1

Seit Beginn der 80er Jahre bis in die Gegenwart wuchsen die Gesamthochschulen bedeutend schneller als die Universitäten des Landes, wobei der Abstand der Wachstumsraten im Laufe des Jahrzehnts zunahm, ein deutlicher Beweis für die Akzeptanz der Gesamthochschulen und ihren Entlastungseffekt. Die Gesamthochschulen sind sogar etwas schneller als die Fachhochschulen gewachsen, und zwar besonders in den letzten sechs Jahren, in denen die staatlichen Fachhochschulen nur um 24%<sup>22</sup> und die Gesamthochschulen um 36,3 % zunahmen, wobei ihr prozentuales Wachstum zwischen 20,4 % (Essen) und 58,0 % (Siegen) lag, vermutlich beeinflusst von der Spiegel-Umfrage des Jahres 1989.

Insgesamt kann die Entwicklung der Gesamthochschulen Nordrhein-Westfalens in zwei Phasen, die siebziger und achtziger Jahre, eingeteilt werden, die je nach Kriterium durch bestimmte Bezeichnungen charakterisiert werden können. Werden die verfügbaren Ressourcen zugrunde gelegt, so folgte auf die Aufbau-, die Restriktionsphase. Von dem jeweiligen Funktionsschwerpunkt ausgehend, wurde die Studienreform von der technologischen Forschungs-

<sup>19</sup> Studienplätze gem. 20. Rahmenplan (1991-1994) für den Hochschulbau, Textteil und Anhang, Juni 1990, S. 67. Wissenschaftliches Personal, Zahl der Studierenden und Drittmittel/Wissenschaftler gemäß Schreiben des MWF vom 19.12.91.

<sup>20</sup> Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen: Forschungsbericht NRW 1984, Faktenteil, Düsseldorf, November 1984, S. 13.

<sup>21</sup> Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Handbuch Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, II: Staatliche Hochschulen Nordrhein-Westfalen, Daten-Studienangebote-Anschriften, S. 147 ff u. Angaben des MWF v. 19.12.91.

<sup>22</sup> Die höhere Rate in der Tabelle ist eine Folge des überdurchschnittlichen Wachstums der Verwaltungs-Fachhochschulen um 83,8 % in den letzten sechs Jahren; sie blieben hier unberücksichtigt.

phase abgelöst. Ist das Kriterium die hochschulpolitische Zielsetzung, dann stand zuerst die Anerkennung als wissenschaftliche Hochschule und dann die Profilierung als moderne Universität im Mittelpunkt. Wird die organisatorische Gestaltungsaufgabe als Kenngröße verwendet, so folgte auf die Integrations- die Differenzierungsphase.

Zweifellos können von den Gesamthochschulen in den neunziger Jahren nicht die Wachstumsraten des zurückliegenden Jahrzehnts erreicht werden, schon deshalb nicht, weil die vorhandenen Ressourcen ausgeschöpft sind und ein nennenswerter Ausbau nicht zu erwarten ist. Dennoch haben die Gesamthochschulen Grund zur Zuversicht, jedoch auch dazu, sich kritisch fragen zu lassen:

- Ist der als Vorbereitung auf verantwortliches Handeln in einer freiheitlichen Gesellschaft erforderliche individuelle Entscheidungsspielraum für Studierende vorhanden, oder ist ein Übermaß an Reglementierung eingetreten?
- Werden Studieninhalte und -bedingungen laufend überprüft und verbessert, oder wird anstelle der Befähigung zum verantwortlichen Handeln eine Ausrichtung auf instrumentelle Rationalität und individualistisches Leistungsdenken betrieben?
- Sind für Studierende, die zur Selbstfindung in einer komplexen Welt erforderlichen Angebote vorhanden?
- Inwieweit werden die im Weltmaßstab durch das Vordringen industrieller Herrschaft entstehenden Probleme bearbeitet?
- Folgt die Wissenschaft den von außen gesetzten Trends bzw. sogenannten Sachzwängen, oder bestimmt sie ihre Forschungsziele und -inhalte selbst?
- Hat sich Wissenschaft im Status quo eingerichtet, oder nimmt sie ihre kritische Funktion wahr?
- Wem dient Wissenschaft?

Gewiß sind dies Fragen, die sich nicht nur den Gesamthochschulen stellen. Obwohl Effizienz und Verwertbarkeit - mehr oder weniger offen vertreten - bestimmende Kriterien der Hochschulpolitik geworden sind, muß sich eine Hochschule letztlich daran messen lassen, wie sie ihren Auftrag, die Pflege der Wissenschaften, erfüllt. Nimmt sie ihre Aufgabe gebunden an fremdbestimmte Außenleitung wahr, die durch Sanktionsmechanismen und materielle Anreize erzeugt wird, oder läßt sie sich von Erkenntnisgewinn und -vermittlung in gesellschaftsverpflichteter Autonomie leiten? Ergibt sich aus der Übernahme von Aufträgen eine außengesteuerte Verfügbarkeit? Ist eine Gesamthochschule als eine effiziente Ressource für eine moderne Industriegesellschaft zu verstehen, oder trägt sie als kritische Instanz durch Analysen über eingetretene Entwicklungen zu alternativen Handlungskonzepten für eine humanere Gesellschaft bei? - Fragen, die um den zeitgemäßen Auftrag von Wissenschaft kreisen.

Obwohl das Gründungskonzept der Universität Berlin teilweise überholt ist, wäre eine Rückbesinnung auf einen Schlüsselsatz Schleiermachers aus dem Jahre 1808, dessen "gelegentliche Gedanken" Humboldt übernahm, auch heute noch für die immer noch ausstehende Studienreform grundlegend: "Die Freiheit aber, mit jedem den Versuch zu machen, wie

er ihm zusagt, darf weder der Staat noch der wissenschaftliche Körper beschränken."<sup>23</sup> Obwohl Schleiermacher der vielfache Mißbrauch akademischer Freiheit bekannt war, bejahte er die Mündigkeit, weil nur in Freiheit - und das gilt nach wie vor - sich "wissenschaftlicher Geist" entfalten und auf verantwortliches Handeln vorbereiten kann. Der im ersten Halbjahr 1971 vom Minister für Wissenschaft und Forschung eingesetzte Beirat für die Studienreform formulierte im Einklang mit Schleiermacher als Ziel der Studienreform, sie müsse "dahin führen, daß jeder Student die Chance erhält, auch unter der Gefahr von Irr- und Umwegen, ein Studium in die eigene Verantwortung zu nehmen". Es müsse erreicht werden, "daß der Student in Verfolgung eigener Interessen zugleich die Qualifikationen erwirbt, die eine wissenschaftlich verantwortbare Tätigkeit ermöglichen",<sup>24</sup> eine Empfehlung, die sehr schnell als wirklichkeitsfremd abgelehnt und deshalb nicht erprobt wurde.

Nicht nur über den Gedanken der Freiheit der Wissenschaft, die die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium umfaßt, ist die Gesamthochschule seit ihrer Errichtung untrennbar mit der Idee der klassischen Universität verbunden, sondern auch durch die Einheit von Forschung und Lehre. Ellwein formulierte: "Die Gesamthochschule ist gegen die Universität konstruiert, aber auch eine Reaktion auf das Verhalten von Universitäten."<sup>25</sup> In den letzten 20 Jahren, die seit der Errichtung der Gesamthochschulen vergangen sind, hat sich gezeigt, daß sie sich diesem großen Vorbild - und dem der Technischen Hochschulen - nicht entziehen konnten, mehr noch: ihre Entwicklung zu modernen Universitäten ist unverkennbar. Die damals von Humboldt, Schleiermacher und Fichte entwickelte Konzeption war so erfolgreich, daß manches von ihr übernommen und anders infolge der inzwischen eingetretenen Veränderungen der Wissenschaften und der Berufspraxis umgestaltet werden mußte. Durch selektive Anknüpfung und Zukunftsorientierung können die Gesamthochschulen ihre Aufgaben in einer demokratischen Industriegesellschaft erfüllen, obwohl die intendierte grundlegende Studienreform noch immer aussteht. Jedoch ist die zentrale Idee der Humboldtschen Universität, die Idee von "Bildung durch Wissenschaft", dafür kein Vorbild mehr. Damals wurde die Philosophie zur verbindenden Leitwissenschaft für alle Fächer. Heute dagegen stehen die vielen Einzeldisziplinen relativ isoliert nebeneinander. Weder eine Leitwissenschaft ist vorhanden, noch zeichnet sich eine Abnahme der Divergenz zwischen den Fächern ab.

---

<sup>23</sup> Schleiermacher, Friedrich Daniel Ernst: Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinne. Nebst einem Anhang über eine neu zu Errichtende, in: Müller, Ernst (Hrsg.): Gelegentliche Gedanken über Universitäten, Leipzig 1990, S. 221. Übrigens ist die Kontroverse zwischen Disziplinierung und Gängelung sowie Freiheit und Gewährenlassen schon damals zwischen Fichte und Schleiermacher ausgetragen worden.

<sup>24</sup> Zwischenbericht zur Studienreform, a.a.O., S. 35.

<sup>25</sup> Ellwein, Thomas, a.a.O. 1985, S. 15.